

Spione, Geiseln und Raketen

VON JOSEF JOFFE

Daß die Zusammenarbeit zwischen „unterschiedlichen Systemen“, wie es wertneutral heißt, möglich und nötig sei, ist ein Eckstein aller Entspannungstheorie. Zwar herrscht in der Sowjetunion eine Ordnung, die der westlichen in entscheidenden Punkten diametral entgegensteht: sichtbar in der Identität von Partei und Staat, einer Regierung, die nicht von der Zustimmung der Regierten abhängt, Grundrechten, die nicht unveräußerlich zum einzelnen gehören, sondern vom Kollektiv „verwaltet“ werden. Aber ungeachtet dessen beruht die Entspannung auf einer Prämisse, die John F. Kennedy vor genau einem Vierteljahrhundert so formuliert hat: „Atomwaffen haben alle Fragen und alle Antworten verändert.“

Das heißt: Die Großmächte müssen gegen einen *gemeinsamen* Feind zusammenarbeiten, der seit 1945, seit Hiroshima, *ante portas* steht. Sie müssen sich hüten, gegen ihren Willen in jenen Atomkrieg gezogen zu werden, der das Ende aller Kriege (und Nationen) bedeuten kann. Der unaufhebbare Ideologie- und Machtkonflikt muß unter einem eisernen Regel-Regime ausgetragen werden. Dazu gehört die Kontrolle der Waffen, damit niemand der Verlockung des ersten Schläges erliegt. Dazu gehört das dauernde Gespräch (mitsamt dem legendären „Heißen Draht“), um Mißverständnissen und Fehlkalkulationen vorzubeugen. Dazu gehört nicht zuletzt die Ausklammerung des Gesellschafts- und Wertekonfliktes, weil die Zähmung des Atoms schon so schwer genug ist.

Der Fall Daniloff zeigt indes, wie schwierig derlei Geschäft sein kann. Zwar ist die Lage fürs erste wieder entschlüsselt. Denn die Sowjets haben am Wochenende – zumindest zur Hälfte – den gesichtswahrenden *Deal* akzeptiert, den die Amerikaner schon zehn Tage zuvor angeboten hatten, gleich nach dem vom KGB inszenierten Spektakel in den Lenin-Bergen. Die Offerte lautete: Sowohl der amerikanische Korrespondent als auch der sowjetische UNO-Angestellte Sacharow werden an die jeweiligen Botschafter überstellt. Hernach sollte Daniloff ausgewiesen, Sacharow, den der FBI nach jahrelanger Überwachung mit geheimen Luftwaffendokumenten erwischt hatte, – so vom Gericht für schuldig befunden – in bewährter Manier ausgetauscht werden. Beide sind nun frei, müssen sich aber den Untersuchungsbehörden zur Verfügung halten.

Es ist offenkundig, daß Daniloff das Opfer einer rabiat wahrgenommenen „Fürsorgepflicht“ auf seiten des KGB geworden ist – nach der Devise: Zerrt der FBI unseren Mann vor die Gerichte, besorgen wir uns „Wechselgeld“, egal wie transparent das Manöver im Falle Nicholas Daniloff auch sein mag. In der Schattenwelt der Nachrich-

tendienste erinnert man sich in diesen Tagen an die beiden klassischen „Präzedenzfälle“: 1963 si-
stierte der KGB den Yale-Professor Frederick
Barghoorn, um ihn gegen einen verhafteten
„Chauffeur“ in Amerika auszutauschen. 1978
wurde der Geschäftsmann Jay Crawford auser-
koren, um zwei sowjetische UNO-Mitarbeiter
freizupressen; nach einem Jahr Gefängnis wur-
den die beiden gegen fünf Dissidenten getauscht.

Nur: Seit Stalins Zeiten, genauer, seit 1949, hat
noch kein amerikanischer Journalist eine Nacht
in einem sowjetischen Gefängnis verbracht. Und
an dieser Stelle beginnt jener Konflikt der Werte
und Systeme, der unter den Regeln des Entspan-
nungs-Regimes eigentlich nicht ausbrechen
durfte. Die andere gesellschaftliche Wirklichkeit
Amerikas forderte plötzlich Mitsprache. Die Här-
te und Breite der Reaktion hat sicher nicht nur
den Kreml, sondern auch so manche europäische
Kanzlei überrascht, wo man den Gipfel im Auge,
die Amerikaner ob ihrer „Hysterie“ unter vorge-
haltener Hand verflucht hat. Die „Rage“, von der
die liberale *New York Times* sprach, reichte bis
weit nach links im politischen Spektrum. Die
Russen mögen kraft ihres Selbstverständnisses
jeden Journalisten, ja jeden Fremden, als „Spion“
einstufen. In Amerika aber, wo die Machthaber
von der staatlichen Kontrolle der Medien allen-
falls träumen, gilt es als schändlicher, sich an
einem Journalisten als an einem Diplomaten zu
vergreifen.

Selbst die schärfsten Kritiker Reagans konn-
ten es nicht goutieren, daß das persönliche Wort
des Präsidenten (der sich für die Unschuld Dani-
loffs verbürgte) bei Gorbatschow auf taube Ohren
stieß. (Nixon stürzte nicht wegen Watergate, son-
dern weil er gelogen hatte.) Und der *Christian
Science Monitor*, ein Blatt, das sich an Entspan-
nungsbereitschaft von keinem anderen übertref-
fen läßt, brachte das Problem auf diesen Punkt:
„Das vertrauensbildende Gespräch über die Kon-
trolle von Atomwaffen reicht nicht weit“, wenn
die Sowjets jedesmal „amerikanische Bürger“
verhaften, um ihre eigenen Leute freizupressen.

Die Halbzeit-Lehre der Daniloff-Affäre? Mos-
kau hat sich anfänglich verkalkuliert, aber die
Entspannungsregeln haben gehalten. Daniloff ist
frei, und damit auch der Weg zum Gipfel. Freilich
wünscht man sich für die Zukunft, daß der Ein-
blick in die Gesellschaft des anderen tiefer rei-
chen möge, als es sich an diesem Fall gezeigt hat.
Gerade weil keiner das System des anderen aus-
hebeln kann, muß jeder Politik mit dem geschärf-
ten Blick für die gesellschaftlichen Grenzen be-
treiben. Daß Moskau diese erkannt und Washing-
ton sie „zurückverlegt“ hat, zeigt, wie stabil das
Verhältnis im Grunde ist. Kennedy hat recht be-
halten.

4 ✓